

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/109

Bonn, den 12. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Solidarität ist das Gebot der Stunde

32

Ulbricht heizt die Spannung an

2 - 3 Kischinewski zeigte die Richtung

90

Neue Formen deutscher Entwicklungspolitik

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

4 - 5

Verständnis für die Empörer

81

Von Heinz Kühn,

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Mehr Arbeitskreise in der Partei schaffen
- Rückblick auf die Bundesfrauenkonferenz der SPD -

Europas Frauen in Zahlen

Heirat wichtiger als Examen

Personalien

*

*

*

Solidarität ist das Gebot der Stunde

Ulbricht heizt die Spannungen an

sp - Die von Ostberlin beschlossene Einführung eines Paß- und Visumzwanges für den Berlin-Verkehr ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Die von den Machthabern der DDR gegebene Begründung für diese weitreichenden Maßnahmen ist ein wahres Kunststück von Verdrehung, denn die Notstandsgesetze der Bundesrepublik richten sich gegen niemanden und bedrohen niemanden. Dennoch dienten sie Ostberlin als Vorwand, den schon lange vorbereiteten Plan eines Paß- und Visumzwanges im geteilten Deutschland zu verwirklichen.

Dieser Schlag gilt dem freien Teil Berlins, er ist aber auch eine Herausforderung der alliierten Schutzmächte und eine brutale Verletzung des nach der Berlin-Blockade abgeschlossenen Malik-Jessup-Abkommens, das den freien und ungehinderten Zugang von und nach Berlin beinhaltet.

Die DDR hat sich, bevor sie diesen schwerwiegenden Schritt tat, der Zustimmung der Sowjetunion versichert. Was glaubt wohl die Sowjetunion zu bewirken, als sie Ulbricht gewähren ließ? Nimmt Moskau Bewußt das Risiko erhöhter Spannungen im Herzen Europas in Kauf, dies in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung in der ganzen Welt eben auf Entspannung und Verminderung der Furcht drängt?

- * Für alle Welt wird nun klar, wer der Störenfried ist und wo er sitzt. Ulbricht treibt in seiner manischen Sucht nach Anerkennung ein frevelhaftes Spiel, das ihn auf lange Sicht der Isolierung auch in kommunistischen Ländern aussetzt. Die Völker Europas, unabhängig von ihrer Regierungsform, wollen den Frieden, sie wollen nicht, daß durch "die Deutschen" Spannungen angeheizt werden.
- * Ein Explosionsherd im Herzen Europas birgt Gefahren für alle.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, hat den Tag der Einführung des Paß- und Visumzwanges als einen schwarzen Tag für alle Deutschen bezeichnet und damit den Kern getroffen. - Setzt sind a l l e Deutschen zur Solidarität mit Berlin aufgerufen. An unserer Haltung zu Berlin entscheidet sich unser aller Schicksal. Ulbrichts Ziel, das freie Berlin wirtschaftlich auszutrocknen, muß auf leidenschaftlichen Abwehrwillen stoßen. Solidarität im umfassenden Sinne ist jetzt das Gebot der Stunde.

Wischniewski gab die Richtung an

Neue Formen deutscher Entwicklungspolitik

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Die Berufung von Bundesminister Hans-Jürgen Wischniewski in sein neues und für die SPD zweifellos sehr wichtiges Amt ist zugleich mit der Ankündigung seines Ausscheidens aus dem Ministeramt verbunden gewesen, das er als 2. Entwicklungsminister der Bundesrepublik mit ungewöhnlichem Geschick geführt hat. In einer Zeit, in der nicht nur die Folgen von Kinderkrankheiten deutscher Entwicklungshilfe, sondern auch die Problematik der bisherigen Scherata internationaler Wirtschaftshilfe der Industriestaaten an die Dritte Welt besonders auffällig sichtbar geworden sind, hat Hans-Jürgen Wischniewski mit einer Achtung gebietenden Mischung von Einfallsreichtum und Nüchternheit das Schiff der deutschen Entwicklungshilfe auf gutem Kurs gehalten. Es ist mit sein Verdienst gewesen, daß die weltweite und uns sicher noch auf mindestens eine Generation politisch beschäftigende Aufgabe der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der mittelfristigen Finanzplanung und der Politik der Regierung Kiesinger-Brandt einen bevorzugten Platz eingeräumt hielt.

Es ist weiter Wischniewskis Verdienst, den Versuch gemacht zu haben, ein durch die Politik des Alleinvertretungsrechtes deutliches "Overcommitment" der Bundesrepublik auf dem Gebiet der technischen Hilfe zu durchforsten und die technischen Hilfsprogramme Bonn zu realisieren, soweit die politischen Verpflichtungen der Bundesrepublik das zulassen. Mit seiner unkonventionellen und realistischen Art persönlicher Diplomatie hat er unserem Land viele Freunde erworben und vor allem erhalten und - was wichtig ist - er hat dabei sichtbar unter Beweis gestellt, daß die Existenz der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland auch in der Dritten Welt ein Faktor von Bedeutung ist, den nicht nur Partner und Gegner der SPD in Deutschland unterschätzen und zu gering bewerten, sondern auch Sozialdemokraten.

Alles in allem - Hans-Jürgen Wischniewski ist ein ungewöhnlich einfallsreicher, mit einem scharfen Sinn für das politisch Erreichbare begabter Entwicklungsminister. Daß er nun gehen wird, ist in vieler Hinsicht zu bedauern, denn nicht nur die deutsche, sondern auch die internationale Entwicklungspolitik gerät in zunehmend stürmisches Wetter. Die UNCTAD-Konferenz in Neu Dehli und ihr vom Standpunkt der Dritten Welt aus mageres Ergebnis ist nur ein Anzeichen dafür. Daß Politik und Wirtschaft oft schwer auf einen Nenner zu bringen sind, haben wir in den 11 Jahren der Existenz der EWG zur Genüge erfahren. Um so mehr ist begreiflich, daß die wirtschaftliche Kooperation zwischen Ost und West auf der einen und der Dritten Welt auf der anderen Seite noch seltener von politischen Harmonien begleitet ist.

Das zunehmende innenpolitische Engagement führender westlicher und östlicher Industriestaaten hat das Klima für notwendige supranationale Arrangements der Geberländer in einigen Schlüsselregionen der Dritten Welt nicht eben gefördert. Und doch bedürfen die Fragen von sich

zunehmend verschlechternden Zahlungsbilanzen führender Mächte der 3. Welt, der Öffnung der Importmärkte der Industrienationen in Ost und West für industrielle Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern, der west-östlichen Kooperation auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und der kooperativen Kapitalinvestition in für die wirtschaftliche Entwicklung aussichtsreichen Schlüsselregionen neuer Impulse und neuer Vereinbarungen, um nur einige der dringlichsten Fragen zu nennen.

Zwar bedarf das internationale Instrumentarium kaum einer Bereicherung. Die Weltbank und ihre Töchter liefern alle nötigen Werkzeuge. Aber solange Geber- und Nehmerländer nicht zu der Einsicht gelangen, daß eine Politik universell gleicher Anstrengungen unter so unterschiedlichen Voraussetzungen, wie sie nun einmal auf der Welt bestehen, nicht zu universell gleichmäßig wachsenden Wohlstand führen kann, kommen wir nicht weiter. Die Lehre aus der UNCTAD-Konferenz ist, daß die zahlreichen autonomen politischen und wirtschaftlichen Faktoren nur sehr bedingt in weltweite Konzepte integriert werden können.

Mit anderen Worten, bevor wir erneut den Versuch zu zweifellos notwendigen weltweiten Arrangements machen - zum Beispiel Abkommen zwischen den Industrieländern in West und Ost über die schrittweise Einschränkung gewisser konventioneller Konsumgüter- und Halb Fertigfabrikateerzeugungen zugunsten der Dritten Welt - sind erste Schritte auf dem Weg einer ergänzenden Kooperation der großen bilateralen Entwicklungshilfsprogramme nötig.

Letztere setzen zum Beispiel eine wirkliche Bereitschaft der europäischen Geberländer zu verzahnten und ergänzenden bilateralen Programmen voraus. Natürlich kann dabei niemand übersehen, daß auch die europäischen Geberländer und unter ihnen auch die Bundesrepublik, nicht ganz frei von übertriebenen Erwartungen in die Wirkung zweiseitiger Hilfsprogramme waren - genau wie die USA. Und ebenso töricht wäre es zu leugnen, daß eine verstärkte Kooperationsbereitschaft auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nur die natürliche Folge einer Einigung innerhalb der EWG, oder innerhalb größerer europäischer Gebietskörperschaften oder einer Einigung zwischen europäischer Vertragsgruppierungen und der USA über gemeinsame außenpolitische Konzepte sein kann. Hier liegen zur Zeit deutliche Grenzen für eine effektivere internationale Entwicklungspolitik.

Bis wir diese Grenzen überwinden können, muß sich die deutsche Entwicklungspolitik bemühen, durch höchstmögliche Rationalisierung - zu denen auch der Abbau von Vertragssystemen zu bilateralen Hilfsleistungen gehört, über deren Charakter sich die Partner auch nach dem Ablauf von fünf Jahren nicht haben einigen können - ein Höchstmaß an Effektivität und Mobilität zu erhalten. Er gehört zu Hans-Jürgen Wischnewskis Verdiensten, der Administration diskret gezeigt zu haben, daß gewisse herkömmlich beliebte Formen der technisch-humanitären Hilfe kontinuierlich fortgesetzt, Mittel in einem Ausmaß binden, die es der Bundesrepublik zunehmend unmöglich machen würden, einmal dort nachhaltig zu helfen, wo es dann wirklich brennt und die wirtschaftliche Überlebensfrage einer uns befreundeten Nation der Dritten Welt auf dem Spiel steht.

Verständnis für die Empörer

Von Heinz Kühn,

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Eine tiefe Unruhe geht durch unsere Jugend. Niemand sollte dies bedauern, denn daß Ruhe die erste Bürgerpflicht sei, ist nichts anderes als die spießbürgerliche Lebensphilosophie jener, die sich in Plüsch und Pop - denn auch das Hypermoderne ist oftmals nichts anderes als der Ausdruck einer gewissen Spießigkeit - in biedermännischer Behäbigkeit angesiedelt haben und meinen, alles sei doch ganz gut so, wie es ist; manches, ja vieles muß geändert werden.

Ich habe Verständnis für junge Leute in unserem Volk, die zutiefst aufgewühlt sind durch das Martyrium des vietnamesischen Volkes. Wenn Vietnam auch weit entfernt ist, so darf man doch nicht wie zu Goethes Zeiten sagen, daß man in Ruhe und Gelassenheit zuschauen könne, wenn die Völker aufeinanderschlagen weit hinter der Türkei. Wenn heute im Kongo, in Vietnam, in Israel die Waffen klirren, so vollzieht sich das in einer kleiner werdenden Welt unmittelbar vor unserer Haustür und ist ein Stück unseres eigenen Schicksals.

Die andere Freiheit

Ich habe Verständnis dafür, daß angesichts des Martyriums junge, nach friedlichen Lösungen sich sehnde Menschen von tiefer Unruhe erfüllt sind, wenn sie sehen, wie ein Volk Opfer der Eskalation des Schreckens und des Todes wird. Wir haben es hier mit einem Volk zu tun, das weder für die eine noch für die andere Seite votiert hat, ein Volk, das weder die amerikanische noch die kommunistische Freiheit, sondern eine eigene Lebensform will, die wohl anders aussehen wird als die von Washington und Bonn und auch anders als die von Moskau und Peking.

Junge Menschen sind zutiefst aufgewühlt, wenn sie auf ihre bohrenden Fragen oftmals Antworten der Verlegenheit, der Desinteressiertheit und des Opportunismus erhalten. Ich verstehe auch, daß junge Menschen verständnislos dastehen, wenn sie zwar sehen, wie es berechtigte Empörung auslöst, daß drei deutsche Ärzte, die, um zu helfen, nach Vietnam gegangen sind, dort ermordet werden, wenn sie aber auch sehen, daß dieselben Menschen gleichgültig bei Bildern bleiben, auf denen hinter amerikanischen Panzern gefangene Vietcong zu Tode geschleift werden. Auch die Humanität ist unteilbar, und man darf die Weltgeschichte nicht mit einem geschlossenen und einem offenen Auge anschauen!

Jugend fordert heute wieder Leitbilder und tiefere Begründungen des politischen Handelns. Es muß tiefer begründet sein als in den Opportunitäten des Tages. Lange haben wir alle nach dem Engagement der jungen Generation gerufen. Man hat geklagt darüber - und zu Recht -, daß diese Generation den öffentlichen Ereignissen gleichgültig gegenüberstehe. Nun, wo das Engagement un bequem wird, sollte man es nicht bedauern!

Gewalt und Gegengewalt

Ich verstehe den Ruf nach der längst fälligen Hochschulreform. Ich verstehe die besorgten Gedanken über die Konzentration publizistischer Macht in den Händen weniger, die sehr wohl zur Gefahr freier demokratischer Meinungsbildung zu werden vermag. Ich verstehe die engagierten Manifestationen des Protests.

Der demokratische Staat ist auf Toleranz gegründet. Aber er kann sich nicht durch die Schwächen seiner Tugenden zugrunde richten lassen. Die staatliche Ordnung darf sich nicht in Gewalt und Gegengewalt auflösen. Wer heute zuläßt, daß der SDS generalstabsmäßig den Sturm auf Verlagshäuser vorbereitet, der wird morgen nicht verhindern können, daß Rechtsextremisten generalstabsmäßig den Sturm auf Gewerkschaftshäuser planen.

Es darf nicht leichtfertig das Wort gebraucht werden, die staatlichen Organe sollten mit Härte operieren: "Landgraf, werde hart!" Man muß den Versuch der Diszipliniertheit der staatlichen Stärke mit der Bereitschaft zu einem maximalen Verstehen zusammenfügen.

Vor einem Jahr habe ich vor den Delegierten der Polizeigewerkschaft um Verständnis für das geworben, was heute in der studentischen Jugend vor sich geht. Damals habe ich gesagt: "Der Gummiknüppel darf nicht zum schnellen Argument gegen eine geworfene Tomate werden."

Aber diesen sich in eine scharfe Form des Extremismus hineinsteigernden jungen Menschen muß auch gesagt werden: Ungestülpte Autos und geworfene Brandfackeln sind noch viel weniger Argumente der Demokratie!

Mut zum Besseren

Wiederholt habe ich mahnend nach beiden Seiten gewirkt, um die Eskalation jener Hysterie und jener Härte herabzustimmen. Das geschah aus einer Grundhaltung des Verständnisses für manche der kritischen Anliegen, obwohl ich oftmals das Gefühl habe, daß die Frage der Hochschulreform und andere verständliche kritische Ansatzpunkte heute bereits nicht mehr die Basis jener extremistischen Operationen sind.

Seit jenen Tagen bin ich die Sorge um das Leben eines jeden jungen Menschen in unserem Lande nicht losgeworden. Ich habe Sorge um das Leben eines jeden jungen Studenten, aber auch eines jeden jungen Polizisten, der morgens sein Haus verläßt und dessen Frau nicht weiß, ob er abends gesund nach Hause kommt. In der Bilanz des Irrsinnigen fragt niemand danach, ob der Gummiknüppel oder der Ziegelstein das Opfer des Lebens abgezwungen haben.

Ich hoffe zuversichtlich, daß sich die Bereitschaft zum staatsbürgerlichen Engagement in unserer Jugend vertieft, die Bereitschaft zur Besonnenheit, zum Verantwortungsbewußtsein und zur Zivilcourage, da ein mutiges Wort zu sagen, wo man glaubt, daß die Dinge besser gemacht werden müssen.

+ * +